

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Dienstag, 9. März 1926.

**Bezugs-Bedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
ganzzjährig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlangung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Monats April fünfmal.

Nr. 58.

### Die Arbeiter sollen zahlen!

Der Sturz des französischen Ministerpräsidenten Briand lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft aller Länder auf die Finanzpolitik der kapitalistischen Staaten. Nach dem Kriege waren alle Länder vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen, und das taten sie, indem sie unerhörte Lasten auf die Schultern der arbeitenden Klasse wälzten. Die bürgerlichen Finanzpolitiker kennen keine andere Weisheit, als die Defizite in den Staatsvoranschlägen der Staaten immer wieder durch neue Abgaben auf den Massenverbrauch zu decken. Die Angehörigen der bürgerlichen Klassen sind zwar große Patrioten, aber ihren Verpflichtungen gegenüber dem Staate wollen sie nicht nachkommen. Die Gegensätze zwischen den proletarischen Vertretern und den Vertretern des Bürgertums in der Steuerpolitik haben nun in Frankreich zum Sturze Briands geführt.

Frankreich hat im Kriege seine enormen Ausgaben durch Anleihen bei seinen Verbündeten gedeckt. Auch nach dem Kriege machten sich die Regierungen des nationalen Blocks wenig Sorgen darüber, wer das Defizit im Staatshaushalt decken wird. Der Grundsatz des reaktionären Finanzministers Kloz war „Le hoch payera“ (Der Deutsche wird zahlen). Aber die Hoffnungen auf die Zahlungen Deutschlands konnten nicht ganz in Erfüllung gehen. Durch den Dawesplan wurden die Zahlungen Deutschlands geregelt. Auch die im Kriege mit Frankreich eng verbündeten Staaten wollen nicht warten und verlangen die Bezahlung der Zinsen der französischen Kriegsschulden. Den Regierungen Herriot, Painlevé und Briand blieb es nun übrig, das traurige Erbe des nationalen Blocks zu liquidieren und das Gleichgewicht im Haushalt der französischen Republik herzustellen. Wie das geschehen soll, darüber wird nun in Frankreich seit vielen Monaten verhandelt. Im Jahre 1926 hat Frankreich nicht nur ein Budgetdefizit von mehr als vier Milliarden Franken auszugleichen, sondern es müssen noch mehrere Milliarden Franken an die Bank von Frankreich zurückgezahlt werden. Unsere französische Genossen hatten zur Deckung des Budgetdefizits die Einführung einer Vermögensabgabe, die Einführung einer Erbschaftsteuer und den Ausbau der staatlichen Monopole vorgeschlagen. Diese Anträge wurden abgelehnt und Kammer und Senat beschlossen, die Steuern auf den Massenverbrauch, insbesondere auf Kaffee, Zucker, Tabak und Alkohol zu erhöhen. So tat der Senat, in welchem das Bürgertum eine stärkere Vertretung hat als in der Kammer. Die Kammer lehnte nun einige der besonders drückenden indirekten Steuern ab und Briand mußte zurücktreten.

In der Tschechoslowakei ist die Finanzpolitik der allnationalen Koalition der Steuerpolitik des französischen Senates so ähnlich, wie ein Ei dem andern. Auch bei uns liegt die Hauptlast der staatlichen Steuern auf den Schultern der arbeitenden Klasse. Nach einer amtlichen Statistik entfielen im Jahre 1923 auf die direkten Steuern 22,7 Prozent, auf die indirekten 77,3 Prozent. Mehr als drei Viertel aller Steuereinnahmen stammen also aus der Besteuerung des Massenverbrauches. Die breiten Massen des arbeitenden Volkes müssen den größten Teil der staatlichen Steuerlast tragen. Und trotzdem die Arbeiterschaft schon heute einen Anteil an der Zahlung der staatlichen Steuern hat, der ihrem Einkommen durchaus nicht entspricht, besteht die Absicht des Finanzministers Englis der bisher immer als staatsfinanzielles Genie verschrien war, aber in Wirklichkeit in seiner Apotheke nichts anderes hat, als dieselben Mittel wie alle bisherigen Finanzminister des Bürgertums — herein, neue Lasten auf die Schultern der arbeitenden Klassen zu wälzen, die unerträglichen Abgaben auf den Massenverbrauch noch zu steigern. Die Zuckersteuer, die bei einem Kilogramm 1,50 Kronen beträgt, ist dem Herrn Finanzminister noch zu niedrig, sie soll

### Eröffnungsitzung in Genf.

Die Schwierigkeiten bestehen fort. — Spanien beharrt auf dem ständigen Ratssitz, Schweden auf seinem Veto.

Genf, 8. März. (Tschechoslowakisches Pressebüro.) In seiner Eigenschaft als Ratspräsident eröffnete heute nachmittags 3 Uhr 20 Minuten das japanische Ratsmitglied Baron Tshii unter starkem Andrang des Publikums in feierlicher Weise die außerordentliche Völkerbundsversammlung, die über den Antrag Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund zu befinden hat.

In seiner Eröffnungsansprache erinnerte Tshii dann an den Ausnahmefall, den Deutschland am 9. Februar dieses Jahres an den Völkerbund gerichtet hat. Er betonte, daß die außerordentliche Versammlung in der sehr kurzen Frist von kaum einem Monat nach Eintreffen des Antrages Deutschlands abgehalten wird; dies zeige, wie sehr der Völkerbund einen wirksamen Apparat darstellt, sobald es sich um Angelegenheiten handelt, die eine große Zahl von Nationen angehen. Das Ereignis, das die Versammlung zusammengeführt habe, sei von höchster Bedeutung. Eine große Nation stelle sich ein, um in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Dieser Umstand sei ein Anzeichen dafür, daß die Verpflichtungen, die die Völkerbundsstaaten unter sich verbinden, immer mehr auf das Gewissen der ganzen Welt wirken würden.

Darauf erklärte Baron Tshii die Versammlung unter dem Beifall der Delegierten für eröffnet.

Die Versammlung wählte hierauf mit 36 von 48 Stimmen den ehemaligen portugiesischen Ministerpräsidenten Alfonso da Costa zu ihrem Präsidenten. Nach einer kurzen Unterbrechung der Eröffnungsitzung trat dann die Versammlung um 4 Uhr 40 Minuten wieder zusammen und nahm den Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Vollmachten entgegen. Nach diesem Berichte ist die außerordentliche Völkerbundsversammlung von 48 Mitgliedstaaten besetzt, während die übrigen 7 Mitgliedstaaten, darunter auch wieder Argentinien und verschiedene kleinere südamerikanische Staaten, keine Delegierten entsandt haben.

In einer anschließenden geheimen Sitzung, an der nur die Ratsdelegierten selbst teilnahmen, wurde dann in die Erörterung der durch den Ausnahmefall Deutschlands aufgeworfenen Fragen eingetreten. Die Geheimhaltung dauerte bis 12,45 Uhr. Es wurde keine amtliche Mitteilung darüber ausgegeben. Von zuverlässiger Seite verlautet jedoch, daß Chamberlain, Scialoja und Vandervelde die übrigen Ratsmitglieder von den wichtigsten Besprechungen mit den deutschen Delegierten unterrichtet haben. Am Anschluß daran wurde das Verfahren über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund besprochen. Es wurde dabei besonders auf den Absatz im Art. 1. des Völkerbundespatentes Bezug genommen, der die Frage behandelt, ob die militärischen Verhältnisse eines Staates bei seinem Eintritt in den Völkerbund den Bestimmungen bestehender internationaler Abkommen entsprechen. Um im Falle Deutschlands diese Frage zu entscheiden, wird der Völkerbundsrat — wie seinerzeit bei der Aufnahme Bulgariens, Oesterreichs und Ungarns — das Gutachten des ständigen militärischen Ausschusses des Völkerbundes einholen, der sich seinerseits vor Abgabe seines Urteils an die Völkerbundsversammlung wenden wird.

Zürich, 8. März. Aus der Masse der verschiedenen und oft widersprechenden Nachrichten,

in Zukunft 1,70 Kronen betragen. Die Tabakfabrikate sind elend aber teuer, dem Herrn Finanzminister sind sie noch immer zu billig, und sie sollen darum weiter erhöht werden. Ebenso soll die Spiritusabgabe erhöht und die Eisenbahntarife sollen um fast ein Viertel verteuert werden.

Der Grund dafür, daß sich der Finanzminister in der Tschechoslowakei erlauben kann, mit solchen Plänen in die Öffentlichkeit zu treten, ohne daß ihn eine Welle der Empörung hinwegfegt, hat seinen Grund teils in der Schwäche der Arbeiterbewegung dieses Landes, teils darin, daß die Menschen bei der Zahlung der indirekten Steuern nicht merken, daß sie besteuert werden. Welche Arbeiterfrau denkt daran, daß, wenn sie ein Kilogramm Zucker um etwas mehr als fünf Kronen kauft, hinter

die in und aus Genf verbreitet werden, klingt klar das nicht verstummende Echo des Falles der französischen Regierung hervor, welches bis zu einem gewissen Maße die Aktionsfähigkeit Briands im geeigneten Augenblicke abschwächt. Obwohl allgemein betont wird, daß die gestrigen Beratungen der Signatäre des Locarnopactes die Lage bedeutend geklärt haben, leugnet doch niemand die Widersprüche zwischen den einzelnen Standpunkten. Das schwedische Veto scheint unbeeinträchtigt zu sein und dadurch wäre jedes Streben nach einer Erweiterung des Völkerbundes, auch die favorisierte Kandidatur Spaniens trotz der großen Anstrengungen, welche der spanische Vertreter Quinones de Leon entwickelt, praktisch abgetan. Man sucht einen Weg zur Verständigung, da keine Lust besteht, die verwickelte Situation gewaltsam zu lösen. Viel erwartet man auch von der abermaligen Rückkehr Briands nach Genf.

### Wichtige Vorbereitungen der Rheinpact-Garanten.

Noch kein positives Ergebnis erzielt.

Genf, 8. März. Die für Sonntag 12 Uhr vorgesehene Besprechung zwischen den deutschen Delegierten und Briand, Chamberlain, Scialoja und Vandervelde wurde mit Rücksicht auf die verspätete Ankunft Vanderveldes auf 3 Uhr nachmittags verschoben. In der Zwischenzeit fanden längere Besprechungen zwischen Chamberlain und Briand und zwischen Chamberlain und Scialoja statt. Sonntag abends hatte Erzynski mit Chamberlain eine Unterredung. Der englische Außenminister erwähnte den besonderen Standpunkt Englands, der durch die öffentliche Meinung und die Beschlüsse des Kabinetts bedingt sei.

Auch Briand und Erzynski führten lebhaft Unterhaltungen, welche erkennen ließen, daß die französische Delegation, ohne die außenpolitischen Richtlinien des kommenden Kabinetts festzulegen, doch den polnischen Wünschen in weitgehendem Maße Rechnung zu tragen gewillt ist.

In maßgebenden Kreisen glaubt man, wie die Schweizerische Telegraphenagentur mitteilt, daß die Delegation, die an der Nachmittagsberatung teilnehmen, entschlossen sind, keine Reorganisation des Rates durchzuführen, solange Deutschland nicht offiziell als Mitglied des Völkerbundes aufgenommen und solange ihm keine ständige Vertretung im Rat zuerkannt ist. Es scheint, schreibt der Berichterstatter weiter, daß die mit der Vernehmung der ständigen Ratsmitglieder verbundenen Schwierigkeiten bedeutend sind und daß man im gegenwärtigen Augenblicke nicht weiß, welche Entscheidung getroffen werden wird. In informierten Kreisen verlautet, daß über die Kandidaturen mit Ausnahme der deutschen erst im September entschieden werden wird.

### Sulfurs für Spanien

Madrid, 8. März. (Fabra.) Die Regierungen vonatemala, Chile, Columbia, Venezuela sowie von Lettland und Bulgarien haben Spanien ihre Unterstützung für die Zuteilung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrate angeboten.

dem Ladepult der Steuereinnahmer steht und von 5,20 Kronen nicht weniger als 1,50 Kr. einsteckt. Es muß deshalb noch umfassende Aufklärung über das Wesen der Steuern geleistet werden, damit die Massen der Bevölkerung wissen, wach ungeheure Abgaben sie zu tragen haben und damit sie sich gegen diese Abgaben wehren.

Der Kampf gegen die bürgerliche Finanzpolitik ist auch bei uns notwendig, soll die Lebenshaltung der Arbeiter, die ohnehin tiefer ist, als in der Zeit vor dem Kriege — hat doch der Herr Finanzminister selbst gesagt, daß die Lebenshaltung neun- bis zehnmal teurer, das Einkommen aber nur fünf- bis sechsmal so groß ist, als vor dem Kriege — nicht noch weiter herabgeleitet werden, soll nicht die Arbeiterschaft in Jammer und Elend verkommen.

### Der Schutz der Parteien nach der Sprachenverordnung.

Von Dr. Egon Schwelb.

Das Sprachengesetz vom 29. Februar 1922 hatte — offenbar im Bewußtsein seiner offenkundigen Lücken, die vor dem Ausland abgeschwächt werden mußten, — der Verordnung die Erlassung von Vorschriften aufgetragen, die dem Schutze der Parteien vor Rechtsnachteilen dienen sollten, die ihnen aus der Unkenntnis der Sprache erwachsen könnten. Im Folgenden sei untersucht, ob und in welcher Weise die Verordnung dem Auftrage des Gesetzgebers nachgekommen ist, dieselbe Verordnung, von der nunmehr schon allgemein bekannt ist, daß sie in jeder anderen Hinsicht eine Ueberhöhung des Sprachengesetzes bis zu seinen äußersten Konsequenzen darstellt, soweit es sich darum handelt, der tschechischen Sprache zu einer selbst im Sprachengesetz in diesem Ausmaße nicht vorgesehenen Vorterrerschaft zu verhelfen.

Art. 95 der Verordnung bestimmt unter der Aufschrift „Von dem Schutze der Parteien“ die Verpflichtung aller Gerichte sowie aller staatlichen und autonomen Behörden und Organe, den Parteien Befehlungen zu dem Zwecke zu erteilen, damit sie vor Rechtsnachteilen geschützt werden, die ihnen aus der Sprachunkenntnis erwachsen könnten. Mit Befehlungen wird aber der Partei, die genötigt ist, eine tschechische Eingabe zu verfassen, ohne daß sie tschechisch könnte, nicht geholfen sein. Eine Verpflichtung, ein in der Minderheitssprache verfaßtes Konzept der Eingabe ins Tschechische zu übersetzen, ist nicht vorgesehen; die „Befehlungen“ wird sich daher auf die Mitteilung beschränken, daß im konkreten Fall eben ein tschechisches Gesuch gemacht werden muß und wohl noch den Rat beizubehalten, einen der tschechischen Sprache kundigen Anwalt zu Rate zu ziehen. Die Partei, die den Anwalt nicht bezahlen kann, wird nach der Befehlung ebenso flug dastehen wie zuvor.

Parteien, die eine in einer ihnen unverständlichen Sprache gehaltene amtliche Urkunde bekommen haben, können von dem zuständigen Gerichte, der zuständigen Behörde oder dem zuständigen Organ (gemeint ist wohl das Amt, das die der Partei verständliche Uebersetzung erläßt) oder von der ihnen lokal am nächsten gelegenen Behörde der gleichen Art, sowie dort, wo es Orts- und Distriktsnotare gibt (in der Slowakei und Karpatenrußland) von diesen eine Erklärung der Angelegenheit oder eine mündliche Uebersetzung verlangen. Die Behörde ist verpflichtet, einem solchen Ansuchen nachzukommen, soweit ihre Sprachkenntnisse dazu hinreichen.

Die Behörde kann sich also der Verpflichtung zur Uebersetzung dadurch entziehen, daß sie einfach mitteilt, ihre Sprachkenntnisse seien nicht entsprechend. Aber selbst, wenn die Behörde die mündliche Uebersetzung vornimmt, sind die Interessen der Partei in keiner Weise gewahrt. Die Tatsache, daß bloß eine mündliche Uebersetzung verlangt werden kann, läßt gerade bei geschäftsunerfahrenen Parteien, deren Schutz ja in erster Linie bezweckt sein sollte, die verhängnisvollsten Mißverständnisse zu; überdies hat die Partei keine Gewähr dafür, daß die Uebersetzung auch tatsächlich richtig ist und kann sich, wenn das übersehende Organ kein Richter war, auch für einen durch eine falsche Uebersetzung erlittenen Nachteil nicht und gegen einen Richter nur schwer schadlos halten.

In ganz besonders wichtigen Fällen, deren Verhandlung der Behörde große sprachliche Schwierigkeiten machen würde, kann, wenn eine Abhilfe auf anderem Wege nicht möglich ist, eine andere Behörde delegiert oder ein Beamter von einer anderen Behörde zur Erledigung der Angelegenheit entsandt werden, — eine Bestimmung, die gewiß nur außerordentlich selten praktisch werden wird und nur die Schwierigkeiten der Behörde berücksichtigt. Für Schwierigkeiten der Partei ist in dieser Weise nicht vorgesorgt.

Bei persönlichen Interventionen der Parteien, bei Besuchen um Information sowie bei Urgelegenheiten in den sprachunkundigen Parteien, so bestimmt Art. 3, „soweit es dem Gerichte oder der Behörde möglich ist“, entgegenzukommen. Wenn es nicht „möglich“ ist, entfällt eben das Entgegenkommen. Sprachlich nicht entsprechende Eingaben von Parteien, die weder der Staatsprache kundig, noch durch einen Rechtsfreund vertreten sind, werden zur Vorlage in tschechischer Sprache binnen einer angemessenen kurzen Frist zurückgestellt. Wie wir uns diese

Prager Kurse am 3. März.

Table with 3 columns: Currency/Commodity, Price, and another Price. Includes items like 100 holländische Gulden, 100 Reichsmark, 100 belgische Francs, etc.

gehemmt wird. Die Frist beginnt von der Zustellung der tschechischen Entscheidung zu laufen, es ist überhaupt keine Vorkehrung dafür getroffen...

Aber selbst in den Fällen, in denen der Deutsche die deutsche Ausfertigung anstandslos bekommt, hat sie nur einen recht problematischen Wert für ihn.

Die Staatsangestellten als Sanierungsobjekt.

Von E. S.

Zeit Jahr und Tag beschäftigen sich die Tagesblätter in langen Artikeln mit der geplanten Regulierung der Staatsbeamtengehälter.

Wie mag es nun um das zukünftige Schicksal der Beamten in Wirklichkeit bestellt sein? Die letzten Beratungen darüber haben tief einschneidende Verschlechterungen gezeigt.

Wohl zu den schreiendsten Ungerechtigkeiten, die auf gesetzgeberischem Wege je zustande gekommen sind, gehört die Vorenthaltung der sozialen Zulagen an jene Beamte, welche nach dem 31. Dezember 1922 geheiratet haben.

Eine weitere Verschlechterung bedeutet die Einführung der vierten Orts-(Aktivitäts-)Zurückkehr.

der tschechische Text entscheidend. Die deutsche Ausfertigung ist also nichts als eine bloße Uebersetzung, auf die sich die Partei nicht verlassen kann.

Wir sehen also, daß der „Schutz der Parteien“ in der Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz recht mager ausgefallen ist.

Ungeklärtes Schicksal der Staatsbeamtenbojage.

Von einem gut eingeweihten Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses erzählt das „Narodnoje Delo“, daß das Schicksal des Staatsangestelltengesetzes noch immer in der Luft hängt.

Nun hat aber die Regierung einen Mehraufwand von 700 Millionen in Aussicht gestellt. Zwar wird sich das kommende Gehaltsgesetz in den Kreisen der höchsten Beamten (Generale, Sektionschefs etc.) also in jenen Regionen, wo das deutsche Element längst ausgestorben ist, recht günstig auswirken.

Derzeit im vorigen Jahre hat es die Regierung verstanden, sich durch Erhöhung der Gerichts- und Stempelgebühren, sowie der Eisenbahntarifhöhere Einnahmen zu schaffen.

Das große Sanierungsverbot wird vielleicht doch noch in dieser Session seiner parlamentarischen Erledigung zugeführt werden.

Wie fast täglich, war die Office des Magistrats in der City-Hall auch heute zahlreich mit Publikum angefüllt, das die verschiedensten Rechtsfragen hier zu erledigen hatte.

Der Magistrat, der auf einem Podium hinter einer langen Tafel saß, an deren Enden zwei Schreiber eifrig in Akten Bemerkte machten, hatte bereits einige Fälle erledigt.

„Nachlässige Patrit Malony. Uebertragung der „Blauen-Mund-Mine“ durch die Erbin, Miß Eileen Malony, auf die „Alondite Mining Co.“ gegen Zahlung der Kaufsumme von Dreihunderttausend Dollars“, rief er jetzt mit einer schmerzenden, gleichwundenen Stimme.

„Jawohl, Eure Ehren“, klang die Stimme des Rechtsanwaltes Murphy aus der Zahl der Anwesenden heraus, indem er gleichzeitig nach einem vor dem Podium des Magistrats stehenden kleineren Tische schritt, sich an der Seite desselben aufstellte und einige Dokumente auf diesem ausbreitete.

„Jawohl.“ „Aber Mister Lynn ist selbst unbekannt“, entgegnete der Magistrat zweifelnd. „Sein Zeugnis kann daher kaum als ausreichend angesehen werden.“

„Ob, ich kenne Mister Lynn seit vielen Jahren, und auch Mister McPhee hier kennt ihn. Wir bürgen für ihn!“ erklärte Murphy in einer Weise, als ob damit der Einwand des Magistrats erledigt sei.

Das schien auch die Meinung des Magistrats zu sein. Der Buchstabe des Gesetzes war erfüllt und er wollte eben in der Verhandlung fortfahren, als Davy Evans ihn unterbrach.

Das Königreich Botswana

Die Karlsbader Gewalthaber zeigen der Arbeitererschaft weiter die starke Hand und am Sonntag erschien unser Parteiblatt, der „Volkswille“ wieder mit weißen Flecken.

Der Reichsenberger „Vorwärts“ hält es für seine vornehmste Pflicht, die Sozialdemokraten auch wegen der Karlsbader Vorfälle anzugreifen. Der sozialdemokratische Stadtrat von Fischern habe gar nichts unternommen, um den Botswana unmöglich zu machen.

Ungeklärtes Schicksal der Staatsbeamtenbojage.

Von einem gut eingeweihten Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses erzählt das „Narodnoje Delo“, daß das Schicksal des Staatsangestelltengesetzes noch immer in der Luft hängt.

Nun hat aber die Regierung einen Mehraufwand von 700 Millionen in Aussicht gestellt. Zwar wird sich das kommende Gehaltsgesetz in den Kreisen der höchsten Beamten (Generale, Sektionschefs etc.) also in jenen Regionen, wo das deutsche Element längst ausgestorben ist, recht günstig auswirken.

Derzeit im vorigen Jahre hat es die Regierung verstanden, sich durch Erhöhung der Gerichts- und Stempelgebühren, sowie der Eisenbahntarifhöhere Einnahmen zu schaffen.

Das große Sanierungsverbot wird vielleicht doch noch in dieser Session seiner parlamentarischen Erledigung zugeführt werden.

Wie fast täglich, war die Office des Magistrats in der City-Hall auch heute zahlreich mit Publikum angefüllt, das die verschiedensten Rechtsfragen hier zu erledigen hatte.

Der Magistrat, der auf einem Podium hinter einer langen Tafel saß, an deren Enden zwei Schreiber eifrig in Akten Bemerkte machten, hatte bereits einige Fälle erledigt.

„Nachlässige Patrit Malony. Uebertragung der „Blauen-Mund-Mine“ durch die Erbin, Miß Eileen Malony, auf die „Alondite Mining Co.“ gegen Zahlung der Kaufsumme von Dreihunderttausend Dollars“, rief er jetzt mit einer schmerzenden, gleichwundenen Stimme.

„Jawohl, Eure Ehren“, klang die Stimme des Rechtsanwaltes Murphy aus der Zahl der Anwesenden heraus, indem er gleichzeitig nach einem vor dem Podium des Magistrats stehenden kleineren Tische schritt, sich an der Seite desselben aufstellte und einige Dokumente auf diesem ausbreitete.

„Jawohl.“ „Aber Mister Lynn ist selbst unbekannt“, entgegnete der Magistrat zweifelnd. „Sein Zeugnis kann daher kaum als ausreichend angesehen werden.“

Das schien auch die Meinung des Magistrats zu sein. Der Buchstabe des Gesetzes war erfüllt und er wollte eben in der Verhandlung fortfahren, als Davy Evans ihn unterbrach.

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1926

Die Goldwäucher am Klondike

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska

64 von Emil Droonberg

„Warum stoppten Sie nicht, als ich Sie anrief?“ fragte ihn Escher.

„Wüßte nicht, daß mir irgend jemand etwas zu befehlen hätte. Wenn Sie aber das Wort da mit sich nehmen wollen und es mit Ihnen geben will, weiß, ich denke, so ist das keine Sache. Ich hab es nicht aufgefodert, mit mir zu fahren.“

„Das wird erst noch festzustellen sein. Geben Sie jetzt die Sachen der Lady herüber.“

„Wüßte nicht, daß mich das etwas angeht.“ Ohne erst mit dem Manne eine Diskussion darüber zu beginnen, ließ sich Escher von Eileen die ihr gehörenden Stücke bezeichnen und hob sie aus dem Kamm ins Boot.

Daß dieser im Auftrage der Gaunerbande in Dawson gehandelt hatte, daran zweifelte er keinen Augenblick, wenn er auch noch nicht wußte, wie der Mann Eileen dazu gebracht hatte, sich ihm für die Reise, die wahrscheinlich in irgendeiner entlegenen Gegend und halbverfallenen Blockhütte bis auf weiteres geendet hätte, anzubereitern.

Nein, es blieb Escher nichts übrig, als ihn laufen zu lassen. Er konnte sich nicht mit ihm befehlen. Mit dem nächsten Dampfer, heute noch oder morgen, würde er mit Eileen nach Dawson

zurückkehren. Das Halbblut konnte im Boote, das er von Kane geliehen hatte, nachkommen.

„So, jetzt können Sie Ihre Fahrt nach den Johnson-Mountains fortsetzen“, rief er deshalb auch dem Manne zu, indem er dem Kamm gleichzeitig einen Stoß gab, der es weit abtrieb.

XXI.

Der Kampf um das Erbe.

Auf dem Friedhofe in Dawson City, der schon eine ziemliche Ausdehnung besaß, standen an einem Morgen einige Tage später zwei Frauen an einem Grabe. Es war mit einem einfachen Holzkreuz geschmückt, auf dem nur ein Name stand.

Beide Besucherinnen dieses einsamen Friedhofes waren noch jung. Die eine war ein Mädchen von kaum mehr als siebzehn oder achtzehn Jahren. Leise weinend lehnte es an der Schulter der andern.

„Es war ein guter Mann, Eileen, und er hat dich geliebt“, sagte die Ältere. „Aber laß uns jetzt gehen, man wird auf uns warten.“ „Peggy, sei du meine Schwester, ich bin so allein!“ bat die andere, indem sie ihren Arm um die Gefährtin legte, als ob sie nach einem Hilfsuche.

(Fortsetzung folgt.)

# Die französische Krise.

## Niederkehr Briands zumindest als Außenminister.

Paris, 8. März. Der überwiegende Teil der Pariser Presse ist der Ansicht, daß Briand die am meisten qualifizierte Persönlichkeit für die Lösung der gegenwärtigen Krise ist, und daß er im Hinblick auf die besonders heiklen außenpolitischen Umstände seine Rückkehr zur Lösung derselben nicht verweigern werde. Der Präsident der Republik, Doumergue, wird nach einer Information des „Matin“ auf Briand einwirken, ein neues Kabinett zu bilden. „D'omne Libre“ hält ein Ministerium Briand für das wahrscheinlichste. In einem neuen Kabinett Briand würde Malvy oder De Monzie das Finanzportefeuille übernehmen. „L'Evenir“ zweifelt nicht daran, daß Briand seine Teilnahme im neuen Kabinett in der Funktion des Außenministers zuzugestimmt, sich aber kaum mit der Übernahme des Postens eines Ministerpräsidenten werden binden wollen. Für diesen Fall habe Caillaux die größten Hoffnungen, Ministerpräsident zu werden.

Der Honorer-Korrespondent des „Matin“ teilt mit, daß der Präsident der Republik im Falle der Ablehnung Briands als Ministerpräsidenten nur einen Staatsmann berufen könne, welcher die volle Unterstützung der Radikalen besitzt. Eine derartige Persönlichkeit wäre Herriot oder Renauxi.

Paris, 8. März. Der Präsident der Republik, Doumergue, und der Vorsitzende der Deputiertenkammer, Herriot, sind heute um 8 Uhr früh in Paris eingetroffen. Der Zug, mit dem

Ministerpräsident Briand aus Genf eintraf, hatte eine Verpätung von mehr als einer Stunde, da der Zug unterwegs in zwei Teile riß und der Wagen, in dem sich Briand befand, auf der Strecke stehen blieb.

Briand fuhr vom Bahnhofe sofort in den Elyséepalast, wo er mit dem Präsidenten der Republik eine Unterredung von ungefähr 20 Minuten hatte. Beim Verlassen des Palais zeigte er sich mißgestimmt und auf die Fragen der Journalisten erklärte er: Ich bin gekommen, um über die Genfer Verhandlungen Bericht zu erstatten, und auch über die politische Lage habe ich verhandelt. Schweigen über ihre Unterredungen mit dem Präsidenten der Republik bewahren auch der Vorsitzende des Senates de Selves und Kammerpräsident Herriot.

Nachmittags empfing Präsident Doumergue den Vorsitzenden des Finanzausschusses im Senate Willies-Lacroix und hierauf den Vorsitzenden des Finanzausschusses der Deputiertenkammer Malvy. Dieser erklärte bei seinem Weggange, daß allgemein eine rasche Lösung gefordert werde, daß aber eine Entscheidung kaum früher als morgen nachmittags erfolgen wird. Ferner empfing der Präsident die Führer einzelner Parlamentsfraktionen.

Nach 18 Uhr kam der Führer des sozialistischen Klubs in der Deputiertenkammer Leon Blum, in den Elyséepalast.

## Die englische Arbeiterpartei und die Erweiterung des Völkerbundes.

Der Generatrat des Britischen Gewerkschafts-Kongresses und der Parteivorstand der Englischen Arbeiterpartei haben in einer gemeinsamen Sitzung zu der beabsichtigten Erweiterung des Völkerbundes Stellung genommen und der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht zum Anlaß genommen werden sollte, Vorschläge über einen Eintritt anderer Vertreter in den Rat des Völkerbundes zu machen oder irgendwelche Verhandlungen hinsichtlich der Erweiterung des Völkerbundes zu führen.

Dieser Gesichtspunkt kommt auch in einem Antrag zum Ausdruck, den Macdonald im englischen Unterhaus einbrachte und in dem es heißt: „Das Unterhaus begrüßt das Ansuchen Deutschlands um Zulassung zum Völkerbund und unterstützt sein Verlangen, einen ständigen Sitz im Völkerbundrat zu erhalten, gemäß dem Uebereinkommen, das in Locarno getroffen wurde; zugleich ist es aber der Ansicht, daß eine gleichzeitige Verweigerung der ständigen Sitze im Völkerbundrat, wie sie von anderen Staaten verlangt wird, als eine Abänderung des Uebereinkommens von Locarno angesehen werden könne und nicht durch die englische Regierung unterstützt werden dürfe.“

### Die Ausschüsse in Tätigkeit.

Genf, 8. März. Die Völkerbundsversammlung wähle den englischen Außenminister Sir Austen Chamberlain zum Vorsitzenden des ersten Ausschusses, der über den Aufnahmeantrag Deutschlands zu entscheiden hat, und den früheren französischen Handels- und Finanzminister Doumergue zum Vorsitzenden des Budgetausschusses, dem die Festsetzung des Jahresbeitrages Deutschlands und die nächste Entscheidung über den Bau eines Versammlungsgebäudes obliegt. Die beiden Ausschüsse nehmen am Dienstag, nachmittags um 4.30 Uhr, ihre Beratungen auf.

Darauf vertagte sich die Versammlung. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung ist noch nicht bestimmt.

## Der Bettler.

Eine Ballade in Prosa von Julius Zerfah.

Das sind oft die Wege der Armut: Bettelgänge, Gefängnistore oder qualvolle drückende Arbeit.

Drei schwere Wege der Not. Alle führen durch ein Tor hinein, aber nur wenige treten aus diesem Tore heraus: Dem Tore der Not.

Qualvolle Armut: tags düstere Wege in die Nacht.

Kam ein Bettler zu einem Reichen und klopfte an. Er trat nach Brandwein und wankte. Wankte vor Demut.

Sprach der Reiche: „Sie waren einmal stark in der Jugend. Warum sind Sie nicht stolz geblieben?“

Sagte mit zitternder Stimme der Bettler: „Ich war einmal stark in der Jugend und arbeitete Tag und Nacht. Aber ich lebte trotzdem wie ein Bettler, denn der Lohn war gering und ich hatte eine kranke Frau und viele Kinder. Die Frau starb bald und die Kinder verdarben, weil sie keine Pflege hatten. Als ich das sah, begann mein Herz zu bluten. Ich riß mich von diesem Leben los, warf mein Werkzeug auf die Straße und ging hinaus aus der Stadt. Immerfort der Straße nach, ohne mich umzusehen. So gehe ich seitdem und wünsche mir nichts mehr. Wenn ich Hunger habe, lasse ich mir Brot geben. Die Menschen nennen es Betteln. Ich denke nicht, darum weiß ich es nicht. Ich sage nur, ich muß doch essen. Dann gehe ich weiter, ohne hinter mich zu

sehen, ohne mich selbst zu sehen. Denn ich bin häßlich.“

„Über wo haben Sie Ihren Glauben gelassen, Ihren Aberglauben?“ fragte der Reiche. Sprach der Bettler: „Ich habe ihn meinen Kindern gegeben. Seit die ihn verloren haben, suche ich nicht nach ihm.“

Der Reiche gab ihm ein Geldstück und entließ ihn mit den Worten: „Suchen Sie Gott wieder!“

Sagte der Bettler: „Vielen Dank!“, trocknete sich die feuchten Augen und ging, ohne sich umzusehen.

Ging in die Destille. Da stand einer breit am Schenkstisch und sah, wie er das Marktstück wechseln ließ. Der hatte häßliche Züge und Blide wie ein Tiger.

„Hast Du noch mehr davon, Bruder?“ fragte er lauernd.

Der Bettler schüttelte lägernd den Kopf. „So laß mich wenigstens einen mittrinken. Ich habe Durst wie Du.“

Sie setzten sich zusammen. Sagte der mit der harten Stimme: „Hast's wohl erdetelt? Und vielleicht noch bei einem, den Du um eine anständige Summe hättest berauben können. Wah, so ein schmieriges Geschäft!“

Sie tranken und erzählten sich, bis sie beide betrunken unter den Tisch fielen, von wo sie der Wirt hinaus vor die Türe warf.

Da lagen sie lange in Nacht und Regen. Und es kam ein müder Arbeiter von der Spätschicht daher, der sah sie. Er wollte sie aufrichten. Da trat ihm der eine an den Leib. Er suchte und versuchte es ein zweitesmal. Da nannte ihn

gepflanztem Bajonett und Handgranaten ausgerüstet waren. Um 10 Uhr sah man sogar ein Panzerauto über den Josefring fahren.

Budapest, 8. März (M.F.). Die Behörden leiteten gegen 46 der extrem-sozialistischen „Agit-Partei“ naheliegender Personen, welche am Sonntag Strafendemonstrationen in Budapest veranstalten wollten, jedoch von der Polizei daran gehindert wurden, ein Verfahren wegen Organisation zu Gewalttätigkeiten gegen die Behörden ein. Die bereits Samstag von der Polizei festgenommenen Führer erklärten, man versuche vergeblich, sie an ihrer Tätigkeit zu hindern, da sofort eine zweite Garnitur an ihre Stelle trete.

## Das Volksbegehrt.

Starkes Anwachsen der Eintragungen.

Berlin, 8. März. (Eigenbericht.) Der erste Sonntag der Eintragungsfest für das Volksbegehrt hat eine außerordentlich starke Beteiligung der Bevölkerung gebracht. Während sich in den vorangehenden Tagen insgesamt 142.000 Personen in die Listen eingetragen hatten, betrug die Ziffer gestern 165.000. Insgesamt hat die Zahl der Eingetragenen in Berlin 307.00 erreicht. Die stärkste Beteiligung weisen die proletarischen Viertel auf, aber auch in den mehr bürgerlichen Stadtteilen konnte man eine starke Beteiligung der Bevölkerung an diesem politischen Akte wahrnehmen.

Auch aus dem Reiche werden günstige Resultate gemeldet. In Breslau haben sich bisher 22.000 Personen eingetragen. Auch auf dem Lande ist die Bewegung trotz des passiven Widerstandes der Gemeinde- und Ortsvorsteher erfolgreich. Aus Hamburg werden bisher 61.000, aus Altona, dessen Schwesterstadt 12.000 Eintragungen gemeldet. Eine besonders starke Anteilnahme weist die Bevölkerung von Thüringen auf, wo die ehemaligen Fürsten besonders unerschämte Forderungen aufgestellt haben. Aus den Weimar-Bezirken werden folgende glänzende Ergebnisse berichtet: es gibt dort Dörfer, in welchen sich die gesamte Bevölkerung an der Eintragung beteiligte. Bemerkenswert ist, daß in Rößl und anderen Städten mit überwiegend katholischer Bevölkerung sich auch viele Mitglieder der katholischen Arbeitervereine entgegen der Stellungnahme des Zentrums in die Listen eintrugen.

In Bayern hat die Regierung durch amtliche Erlässe gegen das Volksbegehrt Stellung genommen und die bürgerliche Presse ist ihnen darin gefolgt. Trotz aller reaktionären Maßnahmen wächst aber auch hier die Zahl derjenigen die sich am Volksbegehrt beteiligen, immer mehr an.

## Neuer Haftbefehl gegen die Barmaits.

Wegen angeblicher Fluchtgefahr.

Berlin, 8. März. (Eigenbericht.) Die Verhaftung der beiden ältesten Brüder Barmaat, die am Samstag erfolgte, hat zu einer Beschwerde der Verteidiger der Festgenommenen geführt. Der Haftbefehl wird damit begründet, daß die Brüder Barmaat möglicherweise, wenn sie die 648 Seiten starke Anklageschrift in die Hand bekommen, über ihr den Kopf verlieren und ins Ausland fliehen könnten; da beide staatenlos seien, würde einem Auslieferungsbefehl keine Folge geleistet werden.

Die Barmaat dagegen sagen, daß sie den Prozeß zu ihrer Rehabilitierung führen wollen, daß sie beide krank seien und keine Vermögenswerte besitzen. Der Haftbefehl scheint die Folge einer neuen politischen Deje zu sein.

## Wieder ein Unglück durch Handgranaten.

Warschau, 8. März. In den Munitionswerkstätten in Siedlce erfolgte eine Handgranatenerplofion, wobei zwei Arbeiter getötet und drei schwer verwundet wurden.

## Tages-Neuigkeiten.

### Kdyby Vilém byl vyhrál . . .

(Wenn Wilhelm gewonnen hätte.)

Am Josefpl.: 8, unfern der Tischlergasse, wo sich die entsetzliche Katastrophe der Handgranatenerplofion abspielte, hängt gerade jetzt ein Aino-plakat, auf dem der populäre, brave Soldat Svejst mit lächelndem Gesichte inmitten einer in viele Stücke krepierenden Gruppe aufgemalt ist.

Dieses feiste, träge, gutmütige, gedankenlose Gesicht des Bildes ist die beste Charakteristik des tschechischen Speichers und seiner Stellungnahme zum Militarismus dieses Staates. Der tschechische Bürger wird von seinen Zeitblättern seit der Gründung dieses Staates mit dem Schlagwort erzogen, daß „Militarismus“ ein der slawischen Seele durch's fremdes Wesen sei, daß die Slawen, diese weiche alle Rassen, durch's seine „kriegerischen“ Gedanken haben, und so ist heute die Phrase vom „unfriederlichen Wesen der Slawen“ zum festen Schlagwort aller Bürger geworden, um ihr Gewissen einzuschärfen, wenn schon einem oder dem andern ein Bedenken über den großen Militärhaushalt, die mitunter in der Presse veröffentlichten Selbstmorde von Soldaten, die Truppenparade oder Dekorierung eines französischen Generals oder gar über ein „Vis major“-Ergebnis, wie die Katastrophe in der Tischlergasse, aufsteigt.

Seine tschechische Partei aber, die auch den „Sozialismus“ auf ihr Parteiprogramm gesetzt hat, mit dem der Militarismus dieses Staates in üblem Einklang steht, ruft über Befehl ihres Deereaministers, unter dem Vorwande, den Staat vor der germanischen und magyarischen Gefahr zu schützen, nach weiteren Rüstungen. Die es aber mit dem Staate angeblich am besten meinen, die Unbelehrbaren, die aus der Geschichte der Gegenwart, speziell des Wilhelminischen Deutschland, nichts gelernt haben, die Feindes, die Minoritäten (die einmal, wenn sie es brauchen, gar nicht in dem Staate existieren, ein andermal wieder die Laus im Pelze des böhmischen Löwen darstellen), nach der „starken Hand“ des Militarismus und des Poli eregimes, um diese „innere“ Gefahr niederzuhalten. „Man höre jetzt wieder auf den Prager Straßen deutsch sprechen, nach dem Umsturz hätte dies niemand gewagt!“ Die paar deutschen Worte, die Schulkind und Studenten der Reichshauptstadt auf der Straße sprechen, bedrohen den Bestand der Republik! Wenn aber alle Argumente verfehlen, um den tschechischen Bürger zu überzeugen, daß ein Klein Unrecht ein Recht sei, dann kommt der Schwärger aller Argumente: „Kdyby Vilém byl vyhrál, to byste soukali, jať by to u nás vypadalo!“

Also, wenn der Wilhelm schon wirklich gesiegt hätte, hätte der Militarismus in diesem Lande in anderer Form auftreten können als jetzt? Dürfte der Wilhelm die vormilitärische Erziehung der Jugend, die bei tschechischen „Sozialisten“ fordern, vielleicht schon auf die Säuglinge ausgedehnt? Hätte der Wilhelm das Staatsbudget mit der Ausgabe für das Heer mehr belasten können, als es bei uns geschieht? Kdyby Vilém vyhrál, hätten die Minoritäten nicht ebenso wie jetzt ihre Muttersprache beim Militär und den Behörden nicht gebrauchen dürfen, hätten alle Soldaten, die jahrelang an der Front dem Tode ins Auge sahen, und Staatsbeamte Prüfungen der mittelhochdeutschen Literatur, aus der Edda und dem Nibelungenliede ablegen müssen, wenn sie zukunftigerweise nicht Deutsche gewesen wären, wie bei uns analoge Sprachprüfungen aus der tschechischen Literatur verlangt wurden? Hätten vielleicht mehr Soldaten Selbstmorde stattgefunden, als sie seit Neujahr in der Prager Garnison verübt wurden? Hätte man am helllichten Tage durch das friedliche Prag vielleicht leichtsinniger, unnötiger, tödbringender Handgranaten transportieren lassen, Kdyby ten Vilém byl vyhrál! Wir können ruhig antworten:

Nicht einmal unter Wilhelm II. wäre eine Parlamentsdebatte über Angelegenheiten, die das Lebensinteresse des Volkes darstellen, so sabotiert und unmöglich gemacht worden, wie in diesem Staate. Wollte es hier ein Abgeordneter wagen, ein ähnliches offenes Wort zu sprechen, wie Karl Liebknecht zur Zeit, als Wilhelm dachte, er werde gewinnen, so wäre er längst niedergeböhrt oder von der Parlamentswache abgeführt worden!

Wahrlich, ein tiefes Sinnbild, dieses Aino-plakat, dieser nichtlachende Svejst, inmitten plähernder Granaten, für das tschechische Volk! Wahrlich, eine Warnung, ein Mahnruf an den Verstand und das Herz des Präsidenten, dieser entsetzliche, unprogrammatische „Völkerschuh“ am Vorabend seines 76. Geburtstages! Nicht die leichtsinnigen Offiziere, die den Transport anordnen, sind die Schuldtragenden, nicht die schlechten Granaten der Janedekischen Fabrik, nicht der oder jener, ja nicht einmal der Minister als Einzelperson, aber die ganze Mentalität des Volkes, dieser von den Legionärbajonetten und Marschall hoch aus der Taufe gehobenen Republik!

Weder Sprachenverordnungen noch Handgranaten werden hier den Frieden schaffen. Weder die Dekorierung französischer Generale mit dem Orden des weißen Löwen, noch französische Trinksprüche bei einem Wiener Diner zur selben Zeit, da der Ausnahmezustand über eine deutsche Stadt verhängt wird, weder die „starke“ Hand der nationalen Chauvinisten, noch die sich auf akademische Debatten beschränkende Tätigkeit der tschechischen Friedendegewaltigen, weder die Anrempelung, Verächtlichmachung und Bestrafung aller in freies Wort wogenden Geister, noch das Trostwort der tschechischen Speichbürger als für alles verübte Unrecht: „Kdyby Vilém byl vyhrál, to

dieser einen Hund und spie ihn an. Nun versuchte er es ein drittesmal, packte einen nach dem anderen und schleppte sie unter eine Torsfahrt. Da erhob sich plötzlich der eine und sprang ihm an die Kehle. Seine heilere harte Stimme schrie: „Du hast heute Lohntag gehabt, gib Dein Geld her!“ Ein Messer blinkte in der Luft.

„Ich will Dir die Hälfte geben,“ stöhnte jener.

„Hund, gib mir das Ganze her! Wieviel hast Du? Aber läge nicht!“

„Daß mir die Hälfte, ich habe schwer gearbeitet und nicht viel verdient. Und ich habe ein krankes Weib und sieben Kinder.“

„Hund, wer hieß Dich arbeiten? . . .“

Käusperte sich der Bettler und sprach: „Daß ich frei, er ist ärmer als wir.“

Stächelte die Tigerstimme: „Halt's Maul, Du!“

Sprang der Bettler ihm von hinten an die Gurgel, erzwänge ihn und warf ihn auf die Straße. „So, Hund! . . .“ Taumelte dann zurück und stöhnte: „Bruder! Viel hin vom Schläge gerührt und röchelte sein Leben aus.“

Rüßte ihm der Dritte die Hände und weinte. Weinte und irrte hinaus in die Nacht. Weinte, bis er fluchen konnte, und griff sich mit beiden Händen an die Stirne. Einem wilden Sturm gleich rasten seine Gedanken. Jagten dahin durch die Nacht und schrien: „Fluch! Fluch! . . . Wo ist Gott?“

Dief, ohne sich umzusehen und schrie. Dann verschlang ihn und seine Flüche die Nacht.

Dyke konstatierte, dass die Arbeiterbewegung nicht nur ein sozialistisches Programm, sondern einzig und allein die vom Geiste des wahren Sozialismus und die von den christlichen Grundsätzen einer nicht bloß vom Verstand der Unterbesitzten herab verstandenen Humanität regierte sozialistische Republik.

**Die Opfer der Prager Explosionskatastrophe** werden heute vom Prager Divisionshospital aus bestattet. Das eine der Opfer, Josef Slaváček, stammt aus Mähren bei Kralup und hätte Ende dieses Monats aus dem Militärdienst entlassen werden sollen. Er hatte gestern seinen 22. Geburtstag begangen. Das andere Opfer, Karl Krubý, war noch um zwei Monate jünger, er ist am 15. Mai 1904 geboren und war von Verus Schuster in Leitmeritz. Seine Leiche wird auch nach Leitmeritz überführt werden.

In der nationaldemokratischen „Nar. Pol.“ wendet sich ein hoher Offizier gegen die Art des Transportes durch die Straßen Prags und sagt: Es kann nicht als Entschuldigung gelten, daß das Unglück der erste Fall dieser Art ist, denn es ist bekannt, daß solche Munitionstransporte beinahe täglich durch Prag gegangen sind. Die für gestern abends auf den Savlíčplatz in Prag II von den Kommunisten einberufene Protestversammlung wurde von der Polizei verboten. Um 6 Uhr war der Savlíčplatz von starken Wacheaufgebots abgeräumt, kleinere Ansammlungen wurden auseinandergetrieben, wobei die Polizei einige Leute sicherstellte. Es darf demnach über das Explosionsunglück in einer öffentlichen Versammlung nicht gesprochen werden, obwohl dabei kaum die Möglichkeit besteht, daß durch „höhere Gewalt“ gefährliche Handgranaten zur Explosion gebracht werden.

Einer von den Ältesten, nämlich einer der Begründer der tschechischen Sozialdemokratie in Nordböhmen, der Bergarbeiterpensionist Franz Wagner, ist Mittwoch, den 3. März im Bezirkskrankenhaus in Teplic-Schönan gestorben. Von Verus Schmiech, dem hier 1861 Geborenen im Alter von 17 Jahren nach Nordböhmen, wo er in der damals geheimen sozialistischen Bewegung eine große Rolle spielte. Erst in späteren Jahren lernte er lesen und schreiben und wurde, kaum daß er diese Kunst gelernt hatte, schon Korrespondent von Arbeiterblättern. Seit 1890 ist er auch in Arbeitervereinigungen als Redner aufgetreten. Nachdem verlorene Bergarbeiterstreik von 1882 mußte er ins Ausland gehen. Als dann die Organisationen der Bergarbeiter entstanden, wurde er kurze Zeit danach der Redakteur des tschechischen Fachblattes. Als solcher kam er in Konflikt mit der tschechischen Parteiverwaltung und wurde auf dem Parteitag von Budweis 1893 mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen aus der Partei ausgeschlossen. Später aber war er wieder in der Partei tätig. Wenige Jahre vor dem Kriege ging er nach Deutschland, von wo er nach dem Umsturz zurückkehrte. Seit 1924 lebte er als Bergarbeiterpensionist.

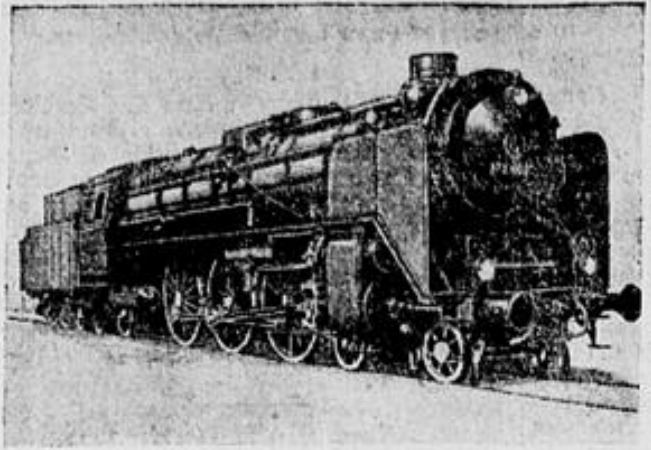
Die Stafette der Staatspräsident der Tschechoslowakischen Republik beging Sonntag seinen Geburtstag, der in „herkömmlicher Weise“ gefeiert wurde: Militärische Umzüge, Gratulation der Befehlshaber, Feiern, all d. S. was von anno dajmal her bekannt ist. Dazu kommt aber jetzt doch etwas: die Überbringung von Wünschen — Glückwünschen — des Militärs, am Vortage durch Stafetten: Mannschaft, Reiter, Autos. Zu diesem Zwecke wurde in Brünn die Mannschaft bereits um 5 Uhr früh in den Straßen der Stadt aufgestellt, um den von der Slowakei kommenden Wunsch — Glückwunsch — in Empfang zu nehmen und weiterzugeben. Um 5 Uhr morgens wurden die Soldaten an ihre Stellen beordert und um 4 Uhr nachmittags kam die Stafette in Brünn an. Mehr Stunden mußten die Soldaten hungrig und frierend — es war ein kalter Tag — in den Straßen herumlungern. Dabei waren in Böhmen die Stafetten sowie die militärischen Feierlichkeiten mit Rücksicht auf das Freitag, er folgte große Unglück abgesetzt worden, in Mähren und in der Slowakei, die doch auch zur Republik gehören, und wo infolgedessen das Militär ebenfalls dem Nationalverteidigungsministerium untersteht, hatte man diesen Einfall nicht. Eine Randbemerkung erübrigt sich wohl.

ist es auch Art und Weise, hat es doch Methode. Wer wissen will, was heute in der Presse alles möglich ist, wogegen Notationsmaschinen nicht revoltieren, worüber das alle Zeit geduldige Papier nicht schamrot wird, der besorge sich die Ausgabe der „Morobni Politika“ vom 7. März. Rechtzeitige Bestellung ist dringend erforderlich, da dieses Exemplar unter Sammlern besonderer Aufmerksamkeit bedürftig ist. Besonders wertvoll besitzen dürfte. In dem Blatte, dessen redaktioneller Teil bekanntlich nur eine ausführliche Erläuterung zu dem umfangreichen Anzeigenenteil ist, und das das sozusagen geistige Brot für die ganz Anspruchsvollen bildet, befindet sich ein Aufsatz, der „Prag — unsere Grenzen!“ betitelt ist und tatsächlich so beginnt:

Die Freiheit und Annäherung der Deutschen zeigt sich vom strengen im rechten Licht, Architekt Röhler erlaube sich in Karlsbad mit seiner Arbeiterschaft durch einen Gewaltstreik den Vorstand der Staatbehörde abzusetzen. . . Könnte noch jemand an den Gedanken und Zielen der tschechoslowakischen Deutschen zweifeln?

Dieses Ereignis erregt die tschechische Öffentlichkeit und erhöht das Interesse für den

### Die erste Einheits-Schnellzuglokomotive der deutschen Reichsbahn.



Von der Firma Hanselmann & Söhne, Cassel, ist für die deutsche Reichsbahn eine neue Schnellzuglokomotive gebaut worden. Während bisher Preußen, Bayern, Sachsen usw. ihre eigenen Lokomotivtypen hatten, ist sie die erste deutsche Einheitslokomotive. Sie hat drei Treibachsen, deren Radabstand 2 Meter beträgt, und besitzt außer einem vorderen Drehgestell eine unter dem Führerstand angeordnete Laufachse. Die Lokomotive ist eine 4-Zylinder-Verbund-Heißdampf-Maschine und hat eine Länge von ungefähr 28 Metern. Da ihr höchster Achsdruck 20 Tonnen beträgt, ist sie die schwerste Schnellzuglokomotive der Reichsbahn.

Freiabend, den am 10. März das Grenzerkomitee der tschechoslowakischen Nationaldemokraten unter dem Protektorat Dr. Karl Kramáček und unter dem Vorsitz Renate Tyrsá veranstaltet.

Dann folgen noch die einzelnen Programmnummern und die Namen der Mitwirkenden sowie Angaben darüber, wo Beiträge abgegeben werden können. . . Weiterer Kommentar überflüssig!

**Pilba Hanika**, die bereits vor längerer Zeit an einem Magenleiden erkrankte und operiert wurde, ist jetzt aus der Strafanstalt in das Allgemeine Krankenhaus in Prag gebracht worden. Dort wurde nach einer Röntgenuntersuchung festgestellt, daß ihr linker Lungenzweig angegriffen sei. Ihr Verteidiger Dr. Štěpán hat Schritte unternommen, um ihre Entlassung aus der Strafanstalt zu erwirken.

Die Staatsprache ist in Gefahr! Infolge der in letzter Zeit vorgelassenen größeren Diebstähle in Eger hatte das Polizeikommissariat Eger Rundmachungen mit Anordnungen bezüglich der Hausdurchsuchungen usw. erlassen. Der Verein deutscher Hausbesitzer in Eger hängt von einer solchen Rundmachung, die links den tschechischen und rechts den deutschen Text trug, da seine Mitglieder den tschechischen Text nicht verstehen, nur den deutschen Text in seinen Vereinstätten. Die Polizei hat nunmehr das Ausschließen des nur deutschen Textes verboten.

Der Ausdruck „Judenrepublik“ scheint sich von den Vorstadtlokalen der Münchener Hofentzweiher in die deutsche Rechtsprechung verirrt zu haben. Wie dem „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ aus juristischen Kreisen geschrieben wird, hat der erste Senat des Reichsgerichts in einem Urteil vom 22. Juni 1923 die Bestrafung eines böhmischen Radomachlers mit folgender Begründung aufgehoben: „Der Ausdruck „Judenrepublik“ kann in verschiedenem Sinne gebraucht werden. Gemeint kann sein die neue Rechts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland, die unter Beteiligung hervorragender deutscher und ausländischer Juden aufgerichtet wurde. Gemeint kann auch sein die übermäßige Macht und der übermäßige Einfluß, den die kleine Anzahl der Juden nach Ansicht vieler Volkstheorien in Deutschland tatsächlich ausübt.“ Fehlt nur noch, daß das Reichsgericht das Programm von Antisemiten sanktioniert. Wer sind übrigens die „ausländischen Juden“, welche die „neue Rechts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland“ aufgerichtet haben?

Andreas Hofers ist neuerdings zum Nationalen der Münchener Hofentzweiher avanciert. So hat kürzlich in einer Kundgebung des „Andreas Hofers Bundes“ in München ein Redner den Satz geprägt: „Seld Andreas Hofers! Wir rufen dich! Wir rufen deinen Geist!“ Der Geist Andreas Hofers ist glücklicherweise nicht erschienen; denn 1807 stand er mit Franzosen und — Bayern im Kampf, die auf Geheiß Napoleon Bonapartes das Tiroler Land annektiert hatten! Man sieht, es ist gut, etwas Geschichte zu wissen, bevor man einen Nationalhelden als „Geist“ zitiert!

Kriegsfolgen! Vier Milliarden Mark (oder 32 Milliarden Kr.) beträgt nach der neuesten steueramtlichen Drucksache des deutschen Reichstags allein für das Jahr 1926 das Etatkapital, das durch die „Kriegsfolgen“ ausgelöst ist: Militärverorgungsgebühren 1.490.000.000 Mark, innere Kriegskosten 329.000.000 Mark, Erfüllung des Dawesabkommens 600.000.000 Mark, Schuldverschreibungsdienst der Eisenbahn 573.000.000 Mark. Aus dem Dienst der Industrieobligationen 187.000.000 Mark, dazu Ausgaben für militärische Zwecke 742.000.000 Mark; macht zusammen 3.223.000.000 Mark.

Aus deutschen Schulbüchern. Für dieses Thema wird man mit der Zeit eine eigene Rubrik einrichten müssen. In einer bei Julius Velh, Langensalza, verlegten „Erdbunde“, die noch dazu beanspruchen will, „nach den Grundfragen der neueren Weltkunde“ bearbeitet zu sein, feiert diese neueren Weltkunde Orgien wie die folgende:

Wie schützt das Deutsche Reich seine Grenzen? Früher konnte Deutschland seine gefährdeten Grenzen durch sein großes stehendes Heer schützen (800.000 Mann). Jetzt dürfen wir bloß 100.000 Mann halten. Die genügen nicht, denn auch die kleinen Nachbarländer haben mehr Soldaten als wir. Frankreich aber hat ein zehnmal so großes stehendes Heer. Wir haben auch fast keine Kriegsschiffe mehr. Kurz, wir sind ganz wehrlos und darum schutzlos. Deswegen können auch die Feinde mit uns machen, was sie wollen. Darf das so bleiben? Wollt ihr diese Sklaverei auf die Dauer ertragen,

Diese Geographie hat also den Ehrgeiz, in die Geschichte dreinzugreifen. Aber die Erdbunde des völkischen Schulmeisters, die statt der Meridiane die Bataillone berechnet, ist die eigentliche geistige Sklaverei. Der Feind steht im Schulbuch!

Die Rechtslosigkeit des russischen Arbeiters. Die Widersprüche des russischen Lebens finden in dem Leben der russischen Arbeiterschaft ihren prägnantesten Ausdruck. Offiziell ist die Arbeiterklasse die herrschende Klasse; offiziell genießt sie die allerhöchste Freiheit; offiziell sind die russischen Fabriken Betriebe vom konsequente sozialistischen Typus. Dieses offizielle Gewand täuscht viele oberflächliche Beobachter, die das wahre Russland nicht kennen; die das Elend und die Rechtslosigkeit der russischen Arbeiter, die Umschichtung der sozialen Kräfte in Rußland, die Entsetzung eines neuen nachrevolutionären Rußland hinter der kommunistischen Maske nicht sehen wollen. In der kommunistischen Presse Rußlands findet man aber nicht selten Korrespondenten, die den grauen Alltag des russischen Arbeiters, insbesondere in der Provinz, scharf und wahrheitsgetreu schildern und uns das wirkliche Rußland zeigen. Eine solche „Arbeiterkorrespondenz“ aus einer größeren staatlichen Fabrik in Theodosija (Krim) ist im „Trüb“ vom 13. Feber abgedruckt:

„In unserer Fabrik sind 600 Arbeiter beschäftigt, darunter 60 v. d. Frauen. Schon lange vor der Neuwahl des Betriebsausschusses sprachen die Arbeiter in den einzelnen Abteilungen der Fabrik darüber, daß die Tätigkeit des Betriebsausschusses viele wesentlichen Mängeln aufweise: der Arbeiterschutz hinkt auf beiden Beinen, die Kulturkommission arbeitet schlecht, über einen Zeitraum spricht man schon drei Jahre, ohne etwas zu tun, die Kinderkrippe steht unmittelbar vor ihrer Schließung usw. Man sprach auch über den Vorsitzenden des Betriebsausschusses: Der Burksche ist zwar kein Fremdling, stammt aus der eigenen Befehlsfabrik, aber nachdem er drei Jahre unabschließbarer Vorsitzender ist, ist er hochwahrscheinlich, es ist deshalb Zeit, ihn abzulösen.“

In der Wählerversammlung wählte man ziemlich geschlossen den Fabrikdirektor und den Sekretär der kommunistischen „Zelle“ in das Präsidium. Man kritisierte die Arbeit des Betriebsausschusses sehr schärfend und schwach. Als jedoch der Fabrikdirektor in die Debatte eingriff und eine donnernde Rede zur Verteidigung des Betriebsausschusses hielt, nahm auch diese schärfende Kritik ein Ende, und durch die Reibe der Vermittelten ging es im Stillertone: „Sie zu, daß du nicht gegen stimmst, sonst wirst du noch entlassen oder in der Torsklasse herabgesetzt.“ Natürlich wählte man dann den alten Vorsitzenden und die Abstimmung über die anderen Mitglieder verlief „wie erforderlich“. Freilich schimpfte man viel auf dem Heimwege.“

Die wiedergegebene Korrespondenz trägt die treffende Überschrift: „Von Demokratie keine Spur.“

Offiziersunterhaltung in Indien. In Indien und England erregt ein Urteil des Militärgerichtes großes Aufsehen, durch das drei englische Offiziere, und zwar zwei von ihnen zur Degradierung und der dritte zu drei Jahren Anstaltensverlust verurteilt wurden. Diese strenge Strafe ist das Nachspiel einer Szene, die sich vor einigen Wochen in der indischen Eisenbahn abgespielt hat, als die drei Offiziere betrunken in ein Abteil einstiegen, in dem sich ein indischer Passagier befand. Sie begannen ihre Späße mit ihm zu treiben und einer der besoffenen Genossen setzte sich auf sein Knie und versuchte, ihn zu küssen. Das Unglück wollte es, daß der Passagier Herr R. W. Goculdas, der reichste Fabrikbesitzer Indiens war — nur diesem Umstand ist das energische Einschreiten der Militärbehörden zuzuschreiben. Wäre der Angegriffene ein armer Teufel und nicht ein Millionär gewesen, so hätte sich kein englisches Gericht gefunden, das einen Indianer vor den Unterhaltungsbedürfnissen betrunkenen englischer Offiziere, ja selbst nicht vor körperlichen Mißhandlungen geschützt hätte — wie zahlreiche Fälle beweisen. Es ist in der Tat der erste Fall, daß englische Offiziere ernstlich bestraft werden, weil sie ihrem Herrenbermut gegenüber Eingeborenen die Zügel (ziehen) ließen, und gerade darum ist man ja in der englischen Kolonie in Indien und namentlich in Militärkreisen sehr empört: nicht darüber, daß sich Offiziere so benehmen, sondern darüber, daß schlechtes Benehmen gegenüber einem, der, wenn auch Militär, so doch „nur“ Indianer ist, geahndet werden soll!

„Unternehmerisiko“. Von dem Dache eines Neubauses in Prag-Dejvonic hiel gestern nachmittags

### Rundfunk für Alle!

Morgen, Mittwoch, um 7 Uhr abends, deutsche Arbeiterleitung, Genosse Ernst Paul spricht über: Deutsche Arbeiterdichtungen in der Tschechoslowakei.

Programm für heute, den 9. d. M.

Prag, 16.30: Konzert; 18: Deutsche Sendung, Jug. Mächer: Güter Fernempfang; 20.02: Auslandskonzert. — Brünn, 19.20: Konzert; 20.10: Opernabend. — London, 22.15: Hörspiele. — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin, 19.30: „Fidelio“. — Leipzig, 20.15: Volkabend. — München, 19: „Fidelio“. — Breslau, 20.15: Bunter Abend. — Frankfurt, 20.15: „Ich bin es nicht“. — Wien, 20.15: Die Streichquartette Beethovens. — Zürich, 20.30: Musik. Einakter. Zyklus.

Programm für morgen, den 10. d. M.

Prag, 16.30: Konzert; 19: Deutsche Arbeiterleitung, Genosse Ernst Paul: Deutsche Arbeiterdichtungen in der Tschechoslowakei; 20.02: Konzert. 21.30: Abendunterhaltung. — Brünn, 19.20: Konzert; 20.10: Weitere Lieder und Chansons. — London, 21.45: Kammermusik. — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin, 20.30: Konzert. — Leipzig, 20.15: Symphoniekonzert. — Breslau, 20.15: Konzert. — München, 20: „Der sibirische Bauer“. — Frankfurt, 21.15: Mozart-Beethovenabend. — Wien, 19.30: Wiener Symphonieorchester. — Zürich, 20.30: Volkshumor. Abend.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brünn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 448, Leipzig 452, Breslau 418, München 483, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

der 19jährige Dachdeckerarbeiter Alois Mikalíček herab und erlitt schwere innere Verletzungen. Gestern vormittag stürzte der Maurer Wenzel Kovač vom Gerüst eines Neubauses in Prag II. Er erlitt eine Gehirnerschütterung und mußte in bewußtlosem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden.

Bei einer Explosion in der Frankfurter Allee in Berlin wurden 70 Fenster Scheiben zertrümmert. Es handelt sich um die Detonation eines Gasgebläses. Die genauere Ursache konnte noch nicht ermittelt werden.

Der Hofschlächter Eduard Trautmann in Preußisch-Schlesien, der wegen angeblichen Totschlages widerrechtlich zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, hat an die Presse Mitteilungen über sein Lebensschicksal gegeben. Trautmann hat elf Jahre, acht Monate und 25 Tage im Zuchthaus gefessen, und zu einer Zeit, als seine Unschuld schon sonnenklar war, infolge Schwierigkeiten von der Staatsanwaltschaft noch länger als ein Jahr sitzen müssen. Er ist mit der Begründung verurteilt worden, daß er am 21. Dezember 1909 die Arbeiterin Emma Sander ermordet habe. Da fand man in der Hinterlassenschaft des Massenmörders Dente ein Notizblatt, auf dem unter 20 anderen Namen seiner Opfer stand: „Emma, 21. Dezember“. Aber auch das hat dem Staatsanwalt noch nicht genügt. Zweimal ergriff er gegen Trautmanns Wiederaufnahmefähigkeit Beschwerde, bis das Oberlandesgericht in Breslau von sich aus ein Wiederaufnahmeverfahren anordnete. Zu der Verurteilung Trautmanns hat eine Anzahl eigentümlicher Umstände zusammengehört. Trautmann konnte zwar seinen Alibibeweis nahezu lückenlos führen. Nur bei zehn Minuten hat die Rechnung nicht ganz geklappt. Dann hat man noch entdeckt, daß eine Schnur an Trautmanns Hofe mit einem ähnlichen Knoten gebunden war wie ein Unterrodband der Ermordeten. Ein wichtiges Verdachtsmoment war ferner die Tatsache, daß die Leiche mit einem sogenannten Hammelstich, bei dem das Blut in einen Strahl ausfließt, getötet worden war. Da Trautmann Schlächter ist, verdichteten sich alle Verdachtsmomente auf ihn. Trautmann verlangt eine Entschädigung vom Staat in der Höhe von 50.000 Mark.

„Für Pastoren und Lehrer“ kindert das deutsche Buchhändler-Börseblatt eine neue Schrift über den Bauernkrieg „Der große Bauernkrieg“ von S. Brandt an: „Das Bauernkriegs-Buch interessiert alle Pastoren, Schullehrer und größere Gutbesitzer auf dem Lande.“ Das Börseblatt ist hier im Irrtum; das Buch interessiert auch uns, das heißt, den einfachen Proleten, der es immer mit den Unterdrückten gehalten hat. Man braucht weiß Gott kein Schullehrer, kein Gutbesitzer und kein Pastor zu sein, um die Niedertracht der deutschen Fürsten und ihre Grausamkeit gegen die deutschen Bauern als eine Vorstufe zur Befreiung der Arbeiterklasse zu betrachten!

Der ehemalige deutsche Kronprinz hat durch seinen Adjutanten einen Vignirter Arbeiter mitteilen lassen, daß er am Hungertuch nagt und nicht mehr zu verzehren hat, wie jeder kleine Grundbesitzer und Offizier. Auf eine Anfrage der „Völkisch-wöchentlichen Landeszeitung“, die diesen Brief als eine Entschädigung der verfluchten Sozialdemokraten betrachtete, hat nun der Adjutant des Kronprinzen die Echtheit des Schreibens bestätigt, worauf dem deutschen Nationalen Blatt vor Schreck die Sprache weggeblieben ist; denn sie weiß natürlich auch ganz genau, daß der Kronprinz a. D. auf der letzten deutschen Automobielausstellung einen der schönsten Wagen gekauft hat und über ein Heer von Dienern und eine hohe Militärpension verfügt!

Ein verzweifelter Raubüberfall wurde auf das Verwaltungsgelände der International Harvester Company in Chicago von acht schwerbewaffneten Banditen verübt. Sie schnitten die Telefonleitungen durch, feuerten mehrere Revolvergeschosse ab und zwangen die 28 Angestellten, sich auf den Boden niederzulegen, während sie einen Kassenschrank erbrachen und das darin befindliche harte Geld raubten. Die Verbrecher sind mit 80.000 Dollar entkommen.

Ein Erdbeben wird aus San Sebastian in Portugal gemeldet, das drei Minuten und zwölf Sekunden dauerte. Das Beben war besonders in Süden Portugals sehr heftig. Die Erschütterungen waren in Lissabon so stark, daß die Feder des Seismographen auf dem Observatorium zerbrach.

Ein holländisches Patrouillenboot wurde in der Nähe von Achim auf Sumatra von Chinesen angegriffen. Es kam zu einem harften Kampf, in dessen Verlauf die Holländer einen Toten und sechs Verwundete zu beklagen hatten.

Der leitliche Dampfer „Rainha“, der mit einer Holzladung von Hollandisch-Guapao kam, ist infolge des stürmischen Wetters vor der Mole von Zebriänge gesunken. Neun Mann der Besatzung warfen sich ins Meer, um das Land schwimmend zu erreichen. Vier von ihnen ertrankten; von den übrigen fünf, die sich retten konnten, sind drei schwerverletzt in das Krankenhaus von Brügge eingeliefert worden.

Die Zahl der Berliner Hungerkünstler hat sich auf vier vermehrt. Berlins neuester Verarmter, der Hungerkünstler Jolly, der seit dem 13. Februar in seinem Glasfaß fastet, ist nun, am 4. März, mit einem neuen Kollegen namens Eric in Konkurrenz getreten. Ferner haben sich am Freitag wieder zwei Hungerkünstler, der „kleine Harry“ und „Fastello“ in die Eisenzeit verriegelter Glasbehälter zu 50-tägigen Hungerkuren zurückgezogen. Es kommt also auf je eine Million der Stadt Berlin ein Hungerkünstler! Harry und Fastello wollen mit ihren 50 Tagen den „50-tägigen“ Jolly schlagen und mit ihrer 50-tägigen Kur einen neuen Weltrekord aufstellen.

Eine aussehenerregende Erfindung. Das Erfinderpärchen Ulrich-Winterbauer führte dieser Tage im Aquarium des Bremer Museums an einem Modell den Untergang und die Hebung eines Schiffes vor. Die Hebung des gesunkenen Schiffes erfolgte auf ganz neuartige Weise durch chemisch erzeugte Druckluft, welche sich in einem Ballonnet nach Öffnen eines Ventils, durch das Wasser an das chemische Präparat gelangt, bildet. Das Experiment gelang vorzüglich. Der 15 Pfund schwere, mit Blei gefüllte Modellkörper wurde innerhalb acht Sekunden wieder schwimmfähig. Die bei dem Experiment anwesenden Hochleute sprachen sich im allgemeinen sehr anerkennend über die Erfindung aus, von der zu hoffen ist, daß sie in Zukunft große Werte und auch Menschenleben vor dem Untergang in den Wellen retten wird.

Vortrag J. Reimann. Am 12. d. M. wird Gen. J. Reimann in der deutschen Frauenliga für Freiheit und Frieden eine Vorlesung aus pazifistischen Dichtern der Weltliteratur vortragen. Der Vortrag findet in Prag II., Kronauerstraße 21, statt.

Weiterbericht vom 8. März. Sonntag dauerte in der ganzen Republik das unbeständige Wetter mit Regenschauern an, die stellenweise von Gewittern begleitet waren, die jedoch nirgends größeren Umfang annahm, außer in den mittleren Teilen des Staates. Hier hatten: Rajste Teplice 6, Schneekoppe 4, Troppan, Nitza und Kaschau 3 mm. Im Osten der Republik blieb die Nachmittagsstemperatur unter plus 5 Grad Celsius; im Westen dagegen lag sie infolge vorübergehender Aufhellung auf 7 bis 8 Grad Celsius und war in Böhmen somit um rund 4 Grad höher als am Vortage. Die Temperaturen der letzten Nacht hielten sich nahe Null. In den Morgenstunden trat in Böhmen eine neuerliche Verschlechterung ein, in höheren Lagen fiel Schnee. — Wahrzeichenliches Wetter von Dienstag: Vorwiegend bewölkt, Neigung zu Niederschlägen, mild.

**Kleine Chronik.**

**Der hl. Bürokrat in Deutschland.**  
Das Brandopfer.  
Eine Zigarettenhandlung in Karlsruhe sollte für eine Million Zigaretten am 1. Oktober 1925 die neue Wanderboje bezahlen. Sie berechnete, daß die Unkosten den Verkaufspreis übersteigen würden, und wollte die Zigaretten an Kriegsbeschädigte, Arbeitslose, Polizei und Reichswehr verschenken. Die Steuerbehörde duldet das nicht, sondern verlangte laut Reglement die Vernichtung der Ware. Drei Beamte brauchten mehrere Tage, um die Million Zigaretten genau zu zählen, worauf diese unter ihrer Aufsicht „amtlich“ verbrannt wurden.

**Eisstraß.**  
Ein Kaufmann in Münster schickt eine Kiste Fleischwaren nach Ostpreußen. Sie kommt dort nicht an, der Besteller reklamiert beim Absender. Dieser ruft die Güterabfertigung in Münster an. Antwort: Schriftliche Beschwerde einreichen und für Gebühren 20 Pf. in Briefmarken befüllen. Der Kaufmann tut das und legt zwei 10-Pfennigmarken bei. Wertschläge Pause, dann kriegt der Verdachte folgende Postpflichtige Dienstfahne:  
„Herrn ... zurück mit dem Erfuchen, um gest. Befreiung von 5-Pfennig-Fremdmarken, da die hiesige Güterkategorie für 10-Pfennig-Fremdmarken keine Verwendung hat.“

**Fürsten als Geldfälscher.**

Das ursprünglich gute deutsche Geld war bereits im 16. Jahrhundert wesentlich im Werte schlechter worden, als die sogenannten Redemünzen angefangen hatten, Hallscheld herzustellen. Als sich jedoch herausstellte, daß man damit ein gutes Geschäft machen könne, begannen einige Landesfürsten selbst, diese Hallscheldmünzen zu betreiben, indem sie minderwertiges Geld anfertigen ließen und zum vollen Werte in den Verkehr brachten. An Stelle der vollwertigen Silbermünzen ließen sie leicht verfallene Kupfermünzen prägen, die bereits nach einigen Tagen rot wurden. Das Volk freute sich genau wie in unserer neuzeitlichen Inflation zuerst sehr über den scheinbaren Reichtum, der über es gekommen war. Da man für die Beschaffung des neuen Geldes nicht genug Kupfer hatte, begann das Volk die kupfernen Restel, Bleien, Geräte, Röhren usw. in die Münzen zu tragen und zu verkaufen. Ein christlicher Mann durfte sich nicht mehr vertrauen, einen Fremden zu beherbergen, aus Furcht, daß ihm seine kupfernen Gegenstände gestohlen würden. Selbst die Kirchen wurden ausgeplündert. Es war also zunächst eine „goldene Zeit“ bald aber begann man zu merken, daß man seinen einzigen Reichtum anderen zugetrauen hatte. Das Volk erkannte zunächst nicht, daß lediglich die Fürsten sich selbst mit dieser Hallscheldmünzen bereicherten, und richtete seinen Zorn über die Geldentwertung gegen die „Kipper und Wipper“, Beamte der Fürsten, die im Lande das Verfall zusammenkauften und dann das schlechte Geld in den Verkehr brachten. Diese Beamten hatten ihren Namen von tippen, d. h. beschneiden, und wippen, d. h. schlechtes Abwiegen der Münzen.  
Auch die Lieferscheitenden wagten zunächst nicht, die Fürsten als die wahren Blutsauger zu bezeichnen. Nur eine namenlos erscheinende Schrift aus dem Jahre 1622 sagt, daß man aus den Stempeln und der Umschrift erkennen könne, wer die eigentlichen Schuldigen seien. Die ersten dieser Münzverbrechen, die sich im Auftrage der Fürsten abspielten, knüpfen sich an den Namen Hippold. Für ihren Umfang mag nur ein Beispiel angeführt werden. Das Reichsgesetz schrieb zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges vor, daß aus 16 Lot feinen Silbers 79 Gulden geprägt werden sollten. Aber bereits 1621 ordnete der Kaiser an, daß der achtfache Betrag hergestellt werde, so daß der Wert des Geldes auf ein Achtel sank. Dieses Verfahren, das direkt an Hallscheldmünzen grenzte, wurde dem Kaiser sehr bald durch seine hohen Beamten — durch Wallenstein und Sibirstein — nachgemacht. Diese Männer verstanden es, vom Kaiser die Genehmigung zu erlangen, Basseti das Monopol für den Ankauf von Silber in Böhmen und des Silberverkaufs an die königliche Münze zuzuschleichen. Eine Gesellschaft hochgestellter Persönlichkeiten erhielt sogar das gesamte Münzwesen gegen eine Jahressumme von sechs Millionen Gulden, die an den Kaiser abzuführen war in Kleinschatz und erzielte dabei durch die Ausgabe von minderwertigem Gelde noch einen Jahresgewinn von 600.000 bis 700.000 Gulden. Die Geldentwertung nahm einen ungeheuren Umfang an und das Wirtschaftsleben brach vollkommen zusammen.  
Nicht viel anders war es unter Friedrich dem Großen, dem Heros der Hohenollerenerhehrer, der sich durch eine große Münzverschlechterung der Mittel beschaffte, die er brauchte, um den dritten schlesischen Krieg zu führen zu können. Er ließ den Beamten ihr Gehalt in Besoldungsscheinen zahlen, die nach dem Kriege eingelöst werden sollten. Wer sie aus Geldbedürfnis nicht so lange behalten konnte, erhielt dafür beim Wechsel nur etwa den fünften Teil des Nennwertes. Wer sie jedoch aufbewahrte, erhielt seine Besoldung nach dem Friedensschlusse in minderwertigem Gelde ausbezahlt, also etwa ein Drittel des Nennwertes. Der König steigerte durch diese gewaltige Geldfälschung seine Einnahmen auf das Dreifache. Er trieb sogar die Fälschung so weit, daß er mit dem Kronschatzmeister von Polen unter der Hand vereinbarte, die schlesischen Münzen sollten ohne Unterlassung in Polen über die Grenzen gelassen werden. Die gesamte Geschäftsführung in dieser schmutzigen Angelegenheit hatte er einem gewissen Ephraim übertragen, der zusammen mit Hipp die Münzen mit schließlichen Stempel prägen ließ und diese „Ephraimiten“ in den Verkehr brachte. Das Volk sagte von ihnen: „Von außen schön, von innen schlimm — von außen Friedrich, von innen Ephraim.“  
Die Inflation, die Deutschland vor einigen Jahren erlebte und erlitten hat, hat also in der Geschichte schon manche Vorgänger gehabt. In allen Fällen hat sie zur Bereicherung der Fürsten gedient, die allein das wertvolle Metall besaßen, das seiner Inflation unterliegt. Auch im letzten Kriege haben sie bekanntlich ihr Gold behalten und die Ablieferung, die doch als große patriotische Pflicht gepriesen wurde, ihren dummen Untertanen überlassen. Dafür stellen sie aber auch heute die ungeheuerlichsten Abfindungsforderungen. Hoffentlich wird ihnen für dieses „vaterländische“ Verlangen beim Volksbezehren die richtige Antwort erteilt!  
Dr. Carl Müller.

**Volkswirtschaft.**

**Ein Wirtschaftsprogramm der deutschen Gewerkschaften.**  
Nach dem am Jahresabschluss der Reichsverband der deutschen Industrie (Arbeitgebervereinigung) eine umfangreiche Denkschrift veröffentlicht hat, legen nunmehr die fünf Millionen Mitglieder umfassenden freien Gewerkschaften (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund) ihre Ansichten über die Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik der Öffentlichkeit dar.  
In der eilendenden Uebersicht wird die gegenwärtige Krise gekennzeichnet als „eine ernste Störung des Produktionsprozesses, die ausgeht von Störungen in der Zirkulation, von einer falschen Verwendung des Sozialproduktes“. Während die Denkschrift der Arbeitgeber das jährliche Volkseinkommen mit 43—48 Milliarden Mark angibt, kommt die Denkschrift der Gewerkschaften auf Grund eingehender Berechnungen auf 52—60 Milliarden, also unter Berücksichtigung der Geldentwertung annähernd auf die Vorkriegeshöhe. Diese Schätzung erscheint bestätigt durch die Hebung des Produktivitätsgrades der deutschen Wirtschaft, wie sie aus dem Zahlenmaterial über Brotgetreide und Kartoffelernte, Warenumsatz, Außenhandel, Steinkohlenverbrauch usw. hervorgeht. Aus dem Unterschied in der Schätzung des Volkseinkommens ergibt sich natürlich auch ein Unterschied in der Errechnung der Steuerlast, die die Arbeitgeber mit 25 bis 30 Prozent die Gewerkschaften mit 17—21 Prozent des Volkseinkommens befragen.  
Auf dem Gebiete der öffentlichen Finanzwirtschaft wird die Stellung des Staates nicht nur als Hüter der Rechtsordnung, sondern darüber hinaus als Träger sozialer Funktionen betont. Demnach werden Forderungen erhoben, wie: ausreichende Besoldung der Beamten, angemessene Versorgung der Kriegssopfer, Aufrichterhaltung und Ausbau der sozialen Fürsorge und des Schulwesens, Offenlegung der Steuerlisten, Abbau der Umsatzsteuer, Reform des Einkommensteuerwesens zur Entlastung der unteren Stufen, Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau, Steuerfreiheit der öffentlichen Betriebe, Erparnisse am Beamtenapparat der Heeres- und Marineverwaltung, Befreiung der einzelnen Länder von den Fürstenabfindungen.  
In der Sozialpolitik wird jeder Rückschritt bedingungslos abgelehnt. Forderung die Denkschrift der Arbeitgeber, daß die sozialen Aufgaben der jeweiligen Wirtschaftslage angepaßt werden müssen, so betonen demgegenüber die Gewerkschaften, daß es dem Prinzip einer Ver-

sicherung widerspreche, die Leistungen von Konjunktoren abhängig zu machen. Hoher Lohn und achtstündige Arbeitszeit sind auch kräftige Antriebe zur Rationalisierung! So findet die Forderung nach Ausgestaltung des Tarifsystems, des Tarifrechts, des Schlichtungswesens, gesetzlicher Durchführung des Achtstundentages und Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag auch eine wirtschaftliche Begründung.  
Handelspolitisch wird der Abbau der Zölle auf Rohstoffe und unentbehrliche Lebensmittel sowie der Ein- und Ausfuhrverbote gefordert. Bei Handelsvertragsverhandlungen sei zu beachten, daß jede Zollermäßigung im engsten Interesse der deutschen Wirtschaft liege. Rationalisierung sei meistens mehr eine Organisations- als eine Geldfrage. Der Denkschrift der Arbeitgeber gegenüber wird hervorgehoben, daß die Fortschritte in Typung und Normung nicht vom guten Willen des Käufers, sondern von der guten Qualität und dem niedrigen Preis des Produktes bestimmt werden. Die Durchführung der Rationalisierung müsse unter Mitwirkung der Betriebs- und Wirtschaftsrate geschehen. Im weiteren Abchnitt wird eine Produktions- und Verbrauchstatistik, eine Reform des Kartellgesetzes mit Kartellaufsicht und Förderung des Genossenschaftswesens verlangt.  
Vom internationalen Standpunkt aus ist das Lohnprogramm der deutschen Gewerkschaften von besonderem Interesse. Es wird in folgenden Sätzen dargelegt:  
„Die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß der Friedenslohn als obere Grenze für die Bemessung und Bewertung der Löhne nicht maßgebend sein kann. Sie gehen darin einig mit der Denkschrift der Unternehmer, daß ein höherer Reallohn im allgemeinen nur mit gleichzeitiger Steigerung der Produktivität erreicht werden kann. Die Produktivität wird jedoch nicht ausschließlich durch die physische Anstrengung des einzelnen Arbeiters, sondern hängt in erster Linie ab von rationeller Betriebswirtschaft und planmäßiger Wirtschaftsführung. Beides ist jedoch nur möglich, wenn die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes entsprechend erweitert wird. Erst die Abschärfung auf dem inneren Markt schafft ferner für die deutsche Industrie die Voraussetzung mit durch Spitzenleistung verbilligten Waren eine genügende Exportfähigkeit zurückzugewinnen.  
Lohnerhöhungen stellen einen wichtigen Antriebs zur Rationalisierung der Wirtschaft dar. Wenn sich Lohnerhöhungen auf familiäre Betriebe eines Wirtschaftszweiges erstrecken, was durch Tarife zu sichern ist, so zwingen sie unrationell arbeitende Betriebe, die die Lohnerhöhung nicht tragen können, auszuschleichen zugunsten einer Zusammenfassung der produktiven Kräfte an der am meisten wirtschaftlich arbeitenden Stelle. Steigende Löhne sind deshalb ein starker Motor des wirtschaftlichen Fortschrittes.  
Die produktionspolitisch günstige Wirkung hoher Löhne ist abhängig von ihrer Geltung für familiäre Betriebe eines Wirtschaftszweiges. Deshalb und zur Vermeidung von Lohnunterbietungen unter dem Druck der Arbeitslosigkeit halten wir mit allem Nachdruck am Tarifprinzip fest, das heißt die Lohnfestsetzungen müssen kollektiv und für alle Betriebe eines Wirtschaftszweiges einheitlich und verbindlich erfolgen. Dieses Prinzip schließt die Bezahlung nach Leistung nicht aus. Jedoch müssen genügend hohe Grundlöhne sowie für den Zeitlohn wie für den Akkordlohn einheitlich für alle Betriebe eines Wirtschaftszweiges kollektiv vereinbart werden. Die Vereinbarung der Lohngrundlagen des wichtigsten Teiles im Arbeitsvertrag kann nur die Aufgabe der zu kollektiven Regelungen des Arbeitsvertrages durch das Gesetz berufenen Tarifparteien sein. Die Versuche einzelner Unternehmer, mit den Belegschaften bezw. den Betriebsvertretungen Wettverhandlungen abzuschließen, bedeuten eine Verletzung des Tarifvertragsgedankens und sind daher abzulehnen. Sie entspringen dem unläuterer Wunsch, Ausnahmestellungen für einzelne Betriebe zu erzielen, die dem Interesse der Gesamtwirtschaft zuwiderlaufen.“

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag.

Kunst und Wissen.

Arbeiterdarstellung „Der Teufel“. Ein Spiel in drei Akten von Franz Molnar. Der Teufel, den Molnar in modernem Gewand, als vollendeten Lebewesen des 20. Jahrhunderts auf die Bühne stellt, ist nichts anderes als die Inkarnation menschlicher Leidenschaften und Triebe...

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Dienstag halb 8 Uhr abds. „Die Teresina“, Mittwoch abds. „Die Mama vom Ballett“, Donnerstag abds. „Die Geisha“, Freitag „Einen Jux will er sich machen“, Samstag „Die heimliche Brautfahrt“, Sonntag halb 3 Uhr nachm. „Mascottchen“, 7 Uhr „Aida“, Montag halb 8 Uhr abds. „Das Mahl der Spötter“.

Der Film.

Gebrochene Herzen betrifft sich ein Film, der an Oberflächlichkeit und Gezwungenheit nichts zu wünschen übrig läßt; ein anschauliches Beispiel eines Filmes, wie er nicht sein soll.

Galworthy wird Filme schreiben. John Galworthy, der erfolgreiche englische Bühnenschriftsteller, hat kürzlich Hollywood besucht.

Schaljapin wird mit Pola Negri filmen. Fedor Schaljapin, der berühmte russische Bassist, war kürzlich in Hollywood. Bei einem Bankett, das Pola Negri zu Ehren des Gastes veranstaltete, gab Schaljapin bekannt, daß er demnächst gemeinsam mit Pola Negri im Filme zu sehen sein werde.

Der gute Soldat Svejst (nach Karel Hasek). Die Vorlage gehört gewiß zu den meist verbreitetsten und beliebtesten humoristischen Schriften der tschechischen Literatur. Ihr Hauptreiz besteht in den drolligen Wortspielen, mit denen das Buch nur so gespickt ist.

Verfilmter Jules Verne. Die Metro Goldwyn wird demnächst mit der Verfilmung von Jules Verne Roman „Das geheimnisvolle Eiland“ beginnen.

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag. Heute Dienstag, den 9. März, 7 Uhr abends, in der Redaktion des „Sozialdemokrat“ Sitzung der Bezirksdelegierte.

Jugendbewegung.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsgruppe Prag. Mittwoch, den 10. März, Monatsversammlung im „Verein Deutscher Arbeiter“, Prag II, Smetsch 27, um 8 Uhr abends.

Turnen und Sport.

DfC. verliert gegen Slavia 5:3, nachdem die Blauweissen die erste Halbzeit für sich mit 3:1 beschließen konnten. Während des ganzen Spieles herrschte zeitweise ein orkanartiger Sturm, der beide Parteien gleichmäßig in ihren Aktionen empfindlich störte. DfC. hatte Platzwohl und Slavia befohrte den Anstoß. Es war gewiß nicht taktisch richtig, daß die Blauweissen die erste Halbzeit mit dem Wind entchieden vortesthafter gewesen, diese Spieckheit über den Wind gegen sich zu haben.

Literatur.

Rosa Wahreder: „Der typische Verlauf sozialer Bewegung“. (Wilhelm Braumüller, Wien und Leipzig.) Die Wiener soziologische Gesellschaft gibt eine Bücherei heraus, von der die angezeigte Broschüre das vierte Heft darstellt.

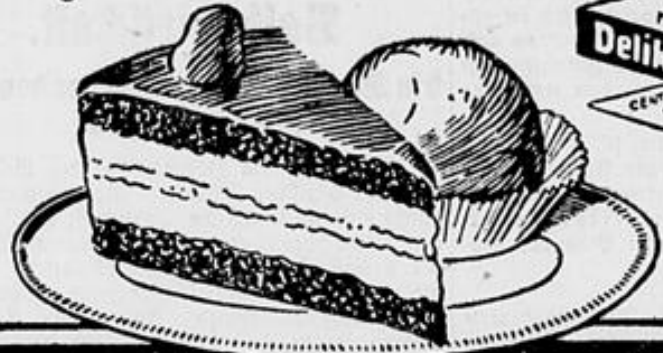
Sportklub gegen Floridsdorf 4:3, Vienna gegen Bader 5:4, Zimerring gegen Hertba 2:2, WAC gegen Gersthofer 8:0. - Budapest. FTC. gegen Polos 4:1, MTA. gegen WAC. 1:0, WAC. gegen BSC. 1:0, Remzei gegen WAC. 1:1, CTC. gegen UTE. 1:0, 3. Bez. gegen Törcbes 2:0. - Berlin. Hertba BSC. gegen Fortwärts 1:1, Tennis Borussia geg. BSV. 92 5:2. - Dauen. SpVg. Dresden gegen Baubissa 11:0. - Chemnitz. Chemnitzer BC. geg. VfB. Seher 9:0, Breußen gegen SV. Annaberg 14:0. - Dresden. Dresdener Sportklub gegen VfB. Kamenz 7:0. - Erfurt. SpVg. gegen SV. Dresden 4:2. - Karlsruhe. SpVg. Fürth gegen FB. 2:1. - Kiel. Holstein gegen Werder Bremen 2:1. - Mannheim. Bayern München gegen VfR. 10:0. - Plauen. SpVg. Frauenau gegen Vogtländischer FB. 6:0. - Englische Liga. Liverpool gegen Tottenham Hotspur 0:0, Newcastle United gegen Huddersfield Town 0:2, West Ham United gegen West Bromwich Albion 3:0.

Kanadisches Eishockey. Berlin. Berliner Schlittschuhklub gegen Odia Stockholm 4:4 (3:1).

Ländermatch Norwegen gegen Finnland im Eisschnelllaufen. Der diesen Sonntag in Oslo ausgetragene Kampf sah die Norweger als sichere Sieger. Bei den Siegern Ballogrund und Larsen hervorragend. Stubb (Finnland), Europameister für 1926, zeigte schlechte Leistungen und konnte nur im 5000 Meter-Laufen den dritten Platz befehen; in den anderen Strecken blieb er ganz unplatziert.

Das Ländermatch Tschechoslowakei-Oesterreich, welches Sonntag, den 14. d. in Wien auf der Hohen Warte stattfindet, wird von der Tschechoslowakei von folgender Mannschaft bestritten: Hochmann; A. Hojer, Berner; Kolenath, Rada (alle WC. Sparta), Zerser (Slavia); Sedlacek (AC. Sparta), Solins, Siny (beide Slavia), Dvořacek (AC. Sparta), Jelinek (Victoria 2); Erfap: Benda, Koval (beide Victoria 2), Kummermann (Slavia), Mahrer (DfC.). Oesterreich stellt folgende Elf: Aigner (Zimerring); Plum (Vienna), Tandler (Amateure); Risch (Rapid), Risch (Bader), Schneider (WAC); Cutti (Amateure), Gschweid (Vienna), Hierländer, Wieser (Amateure), Fischer (Vienna). Sollte Aigner noch nicht ganz fit sein, so wird Edi Rannhäuser (Sportklub) das Tor hüten.

Das Beste für feine Cremes



VITELLO DELIKATESS MARGARINE wie feinste Teebutter CENTRA AKT. GESTETSCHEN.

Öffentliche Bau-Ausschreibung.

In der Schulgemeinde Hammern, Bez. Klattau, wird der Neubau einer dreiklassigen Volksschule vergeben. Die Bauwerber haben ihre Offerte spätestens bis 22. März 1926 beim Ortschulrate Hammern einzubringen.

Laden links!

Das neue deutsche Wk. Blatt erscheint wöchentlich Jede Nummer Rb 1.10. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Kramler & Co. Teplitz-Schdnau, Theresienstraße 18-20.

Frauenwelt

Eine Halbmonatschrift. Jede Nummer Rb 2.-. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Ernst Sattler Karlsbad, Aerog Palace

Erfolg hat alle Anzeigen!

Advertisement for VERSALE detergent with numbered list: 1. Wäscht allein, 2. Schont die Wäsche, 3. Garant. chlorfrei. Includes image of a VERSALE bottle.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kiehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. SOLL.